



"GEWALT VON LINKS - BEWEGUNG ZWISCHEN PROTEST UND TERROR"

Video: Doku von Rainer Fromm über linke Gewalt (Arte, 22:55 Uhr)

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Eine solche Dokumentation war im GEZ-TV längst überfällig: Autor Rainer Fromm, der bereits im April des vergangenen Jahres beim ZDF mit seinem Film [„Autonom, radikal militant – inside linke Szene“](#) das Problem Linksextremismus in den Fokus der Öffentlichkeit rückte, hat jetzt zusammen mit Galina Dick nachgelegt und die Gewaltbereitschaft von Antifa & Co dargestellt. Arte zeigt heute um 22:55 Uhr „Gewalt von links – Bewegung zwischen Protest und Terror“.

Sachverständige bringen darin zum Ausdruck, dass die Bedrohung unseres Rechtsstaates durch den Linksextremismus bisher von der Gesellschaft sträflich unterschätzt wurde. So gebe es beispielsweise zehnmal mehr Literatur über Rechts- als über Linksextremismus. In Berlin äußern Kriminalexperten offen, dass die Probleme mit linker Gewalt vom Senat kleingeredet werden. Obwohl es in der Hauptstadt rechtsfreie Räume gebe, beispielsweise die Hausbesetzerszene in der Rigaer Straße, in

denen Polizisten wegen akuter Verletzungsgefahr nicht aus ihren Fahrzeugen steigen würden.

Im Jahr 2017 seien mit 250 Attacken doppelt so viele linksextreme Gewaltdelikte verübt worden als rechtsextreme. Im Vergleich zu 1990 hätten sie sich gar verdreifacht. Es gebe auch regelrecht militärische Sabotage wie Anschläge auf die Infrastruktur der Bundesbahn und das elektrische Netz, aus linker Sicht „Symbole des Kapitalismus“. Gewalt werde ausdrücklich legitimiert und als notwendig erachtet, vor allem auch gegen die „Scheiß Bullen“. Es gebe eine „kollektive Intelligenz“, um jeden zu zerschlagen, der sich den Linksextremisten in den Weg stelle. Politiker werden explizit als „die wirklichen Terroristen“ bezeichnet.

Vorab ist die 55-minütige Dokumentation bereits [jetzt in der Mediathek von Arte](#) zu sehen. Um die deutsche linksextreme Szene geht es bis Minute 23 und wieder ab Minute 41. Dazwischen beleuchten die Autoren die Nachbarländer, wobei vor allem den Basken eine große Bedeutung zukäme, die sich offensichtlich an der früheren ETA-Terrororganisation orientieren. Dazu gebe es Vernetzungen der Linksextremen nach Frankreich, Russland und Tschechien.

Ab Minute 44 werden auch Angriffe auf AfD-Politiker beschrieben. Hierbei kommt der rheinland-pfälzische AfD-Vorsitzende Uwe Junge zu Wort, dem vier „Anti“-Faschisten bei einem Überfall am 30. August 2016 in Mainz das Jochbein brachen. Im März 2017 wurde das Auto seiner Frau, das vor dem Privathaus stand, mit einem Brandsatz abgefackelt. Ebenfalls im Interview ist der Politikwissenschaftler Werner Patzelt zu sehen, dessen Auto auch im März 2017 von Linksextremen in Dresden verbrannt wurde, da er wohl zu objektiv über Pegida geurteilt hatte. Der [Tagesspiegel berichtet](#) über die Dokumentation vorab:

Ein Polizeivideo veranschaulicht das Ausmaße autonomer Übergriffe: Zu sehen ist, wie eine Beamtin beim Einsatz auf

dem G-20-Gipfel in Hamburg 2017 von einem Pflasterstein am Kopf getroffen wird und daraufhin zusammenbricht. Befeuert werden solche Übergriffe durch einschlägige Parolen im Netz: „Du bist frei in dem Moment, wenn der Stein deine Hand verlässt, bis er auftrifft.“ Politische Botschaft? Fehlanzeige. Die Gewalthandlung wird als emphatischer Akt einer inneren Befreiung erachtet.



Der screenshot zeigt die Szene, als der Pflasterstein den Kopf der Polizistin trifft, was ohne Helm tödlich hätte enden können. Das faustgroße Wurfgeschoss kam von einem linken Demonstranten, dem man durchaus eine Tötungsabsicht unterstellen kann.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Politik der Bedrohung des Linksextremismus stellt und geeignete Maßnahmen ergreift, um die linksfaschistische Szene in den Griff zu bekommen. Dies dürfte allerdings ohne gehörigen Druck von der AfD nicht geschehen, da die Altparteien die Linksextremen als nützliche Idioten im Kampf gegen die unliebsame politische Konkurrenz sehen und diese Brut auch noch reichlich über den „Kampf gegen Rechts“ füttern.

Immens wichtig ist, dass die überwiegend grünrotgestrickten öffentlich-rechtlichen Journalisten ihre Beschönigung und Verharmlosung linksextremer Gewalt beenden und die Bevölkerung endlich vor diesen totalitären Feinden des demokratischen Rechtsstaates warnen. Diese Dokumentation ist jedenfalls schon einmal ein vielversprechender Anfang.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Winnenden: „Bündnis gegen rechte Gewalt“ zeigt Gewalt

Am vergangenen Wochenende, am 15.9. fand im baden-württembergischen Winnenden eine „[Kundgebung gegen Rechts](#)“ statt. Unter dem Motto „Gegen rechte Gewalt“ sprachen die üblichen Agitatoren aus DKP bis Linkspartei und Gewerkschaften.

Mit dabei auch Amnesty International und die linksterroristische Schlägertruppe Antifa.

Grund war nicht etwa ein Mord an einem Migranten, sondern lediglich der Umstand, dass zwei angeblich Rechtsradikale zwei Afrikaner bedroht und beleidigt hätten.

In der örtlichen Lückenpresse ist bei dieser an den Haaren herbei gezogenen Propagandaveranstaltung von [400 Teilnehmern](#) die Rede. Beobachter vor Ort konnten knapp 200 Linksextremisten ausmachen. Bürger waren wenige darunter.

Akkreditierter Journalist von Linksextremisten aus Kundgebung gestoßen

Wie der Fellbacher und freie Journalist Michael Stecher von Linksextremisten attackiert wurde, ist im folgenden Video zu sehen:

Stecher schreibt zu dem Vorfall:

Um ca. 11.45 Uhr akkreditierte ich mich bei der Polizei vor Ort als Berichterstatter mit meinem Presseausweis.

Nach einem kurzen Gespräch mit dem Einsatzleiter, in dem ich versprach nur zu dokumentieren und immer einen Abstand von 20 Metern zur Versammlung einzuhalten, war dies geregelt.

Als ich begann zu Filmen und zu Fotografieren, wurde ich von einigen Teilnehmern auf das Übelste angegangen, mit Drohungen mein Aufnahme-Equipment zu zerstören und mich vom Platz zu prügeln.

Angeheizt und unterstützt von Alfred Denzinger, der behauptete ich würde nicht im Rahmen einer Dokumentation agieren, wurden die Angreifer auch unter dem Auge und im Beisein der Polizei zudringlich und behinderten die Berichterstattung. Ein Verstoß nach Artikel 5 Grundgesetz.

Auch nach mehreren Minuten konnte die freie Berichterstattung in Winnenden nicht gewährleistet werden. Daraufhin verließ ich den Platz um mich vor weiteren Repressalien bis hin zu Körperverletzungen zu bewahren.

Fazit: Meinungsfreiheit, Toleranz und Pressefreiheit werden im Lande nicht mehr gewährleistet.

Bei einer Demo für Toleranz und für ein friedliches Miteinander haben die Terrorgruppen Antifa wohl auch angeheizt von Beobachter News-Chef Denzinger wieder einmal bewiesen, wie faschistisch diese agieren.

Immer wieder kommt es auf Veranstaltungen der Altparteien und Linken zu solcherlei Brutalitäten. Dies beweist, dass nur die eigene Meinung zählt. Auch die regionalen Medien verbreiten diesen Unsinn, in dem sie behaupten, es wurde provoziert. Wenn selbst die Berichterstattung von freien Medien unterdrückt wird [...] ist sofort der Rechtsradikale Nazihammer ausgepackt und angewendet.

Zu sehen bei den intoleranten Winnender Jusos, SPD, Gewerkschaften, die sich wieder einmal gemeinsam mit den Terrorgruppen der Antifa offen zeigten.

Kurz nach Stuttgart wieder eine weitere Dokumentation, in welche Richtung sich unser Deutschland bewegt. Sicher nicht in eine Gesellschaft, die in Frieden miteinander eine gesunde Zukunft entwickelt.

Antifa verfolgen und lauern interessiertem Bürger auf und attackieren ihn

Auch einige Vertreter aus dem patriotischen Spektrum wollten sich informieren um sich selbst ein Bild von der „Demo gegen rechts“ machen zu können.

Eine Gruppe selbsternannter Antifaschisten verhielt sich den unerwünschten Besuchern gegenüber höchst aggressiv, gingen diese sogar körperlich an und versuchten sie aus der Kundgebung zu drängen.

Eingeschüchtert vom aggressiven Vorgehen der linken Demoteilnehmer verließen die wenigen bis dahin vor Ort befindlichen bürgerlichen Teilnehmer die „Kundgebung gegen rechte Gewalt“.

Auf dem Nachhauseweg wurde einem der patriotischen Besucher von einer fünf Mann starken Gruppe Vermummter aufgelauert, die ihn angriff und Pfefferspray ins Gesicht sprühte.



Tränendes Auge des Angegriffenen nach Pfeffersprayattacke



Blutverschmiertes T-Shirt und offene Wunde am Rücken



Einige Zeit nach dem Überfall: Offene Verletzung, Prellungen, Blutergüsse – an mehreren Stellen des Rückens

Das zu Boden gefallene Opfer wurde mit Tritten traktiert und als „scheiß Nazi“ beleidigt.

Ein vorbeifahrendes Auto schreckte die Angreifer auf, so konnte Schlimmeres verhindert werden. Die vermummten Angreifer ergriffen daraufhin die Flucht.

Während in Winnenden Vertreter von linken Parteien, Antifaschisten und Gewerkschaften von rechter Gewalt im Rems-Murr-Kreis fantasieren finden immer öfter tätliche Angriffe auf alle statt, die nicht in das krude Weltbild jener Antifaschisten und Gutmenschen passen.

Dies ist nicht der erste [Vorfall dieser Art](#), er reiht er sich ein, in eine [Reihe linker Überfälle](#) und antifaschistischer Gewalt, die im Großraum Stuttgart keine Seltenheit darstellen.

Über den Überfall berichtet die [Winnender Kreiszeitung](#). Am Ende des Artikels wird wider besseres Wissen von einem friedlichen Verlauf der Kundgebung gelogen.

Die [Stuttgarter Nachrichten](#) berichten darüber. Sie schreiben von einem „AfD-Sympathisant“ und anonym bleiben wollenden Bürger. Und auch hier am Ende des Artikels wieder übelste

Propaganda für Linksextremisten. Dort wird von einer großen Anzahl rechtsextremer Straftaten fabuliert. Dass hier bestimmte Schmierereien rechtsradikaler Gesinnung anders vom Gesetzgeber gewertet werden als linksradikale, verschweigt das Blatt wie gewohnt. Zum Verhältnis politisch linksextremer zu rechtsextremer Gewalttaten liegen dann auch angeblich keine Zahlen vor.

Dank an Helfer

Auf diesem Wege richtet das Opfer des Angriffs noch ein Dankeschön an den oder die Autofahrerin, die Schlimmeres verhindert hat und an jenen Kneipenbesitzer, der dem Opfer half das Pfefferspray auszuspülen und sich vom Schock des Angriffs zu erholen.

Solidarität mit allen Opfern linker Gewalt! Wer selbst ähnliches erlebt hat, kann uns gerne ebenfalls kontaktieren.

Linke Gewalt bei linker Kundgebung „gegen rechte Gewalt“.



**Hitzacker: Linke vermummte
Terrortruppe bedroht**

Polizistenfamilie

Es sei eine „neue Qualität der Gewalt gegenüber der Polizei und ihren Angehörigen“, schreibt die [Polizei in ihrem Bericht](#) zu einem Überfall linker Straßentruppen auf einen Beamten und seine Familie. Am Freitagabend sollen, nach einer Anti-Atomkraft-Demonstration in Gorleben, rund 60 Vermummte im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf das Grundstück eines Polizisten gestürmt sein. Durch lautstarkes Randalieren, Anbringen von Bannern und ihre Vermummung habe die linke Sturmtruppe versucht die allein anwesende Familie des Polizeibeamten einzuschüchtern. Im Polizeibericht heißt es weiter:

Nach Alarmierung von Polizeikräften konnten die Personen im weiteren Umfeld gestellt werden. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten und Widerstandshandlungen. Die Polizei hielt die Personen aus der regionalen sowie überörtlichen „linken Szene“ bis zur Feststellung der Personalien vor Ort fest und leitete in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Lüneburg Strafverfahren u.a. wegen Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Hausfriedensbruch, Bedrohung, Beleidigung, Diebstahl und Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte ein. Einzelne Personen wurden aufgrund einer individuellen Gefahrenprognose parallel Ingewahrsam genommen. Alle weiteren Personen erhielten einen regionalen Platzverweis.

„Die Polizei in der Region verurteilt die Aggressionen und Einschüchterungsversuche zum Nachteil unserer Polizeibeamten und ihrer Familien auf das Schärfste. Mit dem gezielten „Angriff“ auf personifizierte Polizeibeamte als Privatpersonen und ihrer Familien wurde in der Region eine neue Dimension der Gewalt gegen Polizeibeamte erreicht. Dieser gilt es gesamtgesellschaftlich entgegenzutreten und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen.“

Schau mal einer an! Worte wie „gesamtgesellschaftlich entgentreten“ kennen wir bisher nur von Statements in Bezug auf die AfD oder „rechte Populisten“. Für das linke lichtscheue Gesindel galt bisher, dass man Verständnis für deren „aufgebrachten Protest“ haben müsse, der ja nur von „den Rechten“ aufgebauscht würde. Und was bitte daran ist neu?

Auch für Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, strammer Kämpfer gegen Rechts und Schutzvater der Linken, scheint das alles ganz neu und überraschend zu sein. Er zeigt sich, vermutlich nur wegen des öffentlichen Drucks, bestürzt: „Ich bin absolut davon entsetzt. Das ist eine unfassbare Grenzüberschreitung dieser Gruppe“, schreibt Pistorius auf [Facebook](#). Das sei eine „unfassbare Grenzüberschreitung dieser Gruppe“, so Pistorius, der aber sichtlich ganz klar Wert darauf legt, dass es um „diese Gruppe“ gehe und nicht etwa darum, dass man endlich generell gegen den linken Terror in Deutschland, der sich erst im vergangenen Jahr in einem Akt unsäglicher Gewalt beim G20-Gipfel entlud ([PI-NEWS berichtete](#)), vorgehen wolle.

Auch wenn der linke Mob AfD-Wahlkampfstände drangsaliert, AfD-Politiker körperlich attackiert, ihre Autos abgefackelt und Häuser beschmiert werden, wenn friedliche Demonstranten auf dem Weg zu Pegida-Demonstrationen verdroschen werden zeigt man sich mitnichten „entsetzt“ von der Agitation der linken Staatsfeinde.

Nein, natürlich nicht, denn die meisten sind ja schließlich Opfer „unserer Gesellschaft“ und haben das Recht ihre „verständliche“ Wut auf selbige, sozusagen in einem Akt künstlerischer Freiheit, auf die Straße zu bringen, die dadurch ja nur bunter wird. Und vermutlich war die Bedrohung des Beamten und seiner Familie auch nur eine Bewerbung für ein politisches Amt. Denn man kann es in Deutschland ja mit dem [Verprügeln von Polizisten](#) bis zum Außenminister bringen. (lsg)



El Clásico: SPD-Mitarbeiter verwüstet CDU-„Studierenden“-Büro

Von JOHANNES DANIELS | Wenn Hessen hassen: Schätzungsweise hatte sich der Frankfurter AStA-Vize und Landeskoordinator der [JUSO-Hochschulgruppe Hessen](#), Nis Thiemeier (22), nur in der Tür geirrt und wollte eigentlich bei der „[Jungen Alternativen](#)“ die mittlerweile bekannte sozialistische Duftmarkte hinterlassen. Denn SPD-Chefagitator Ralf Stegner hat [das brandstiftende geistige Fanal gesetzt](#): „Fakt bleibt, man muss Positionen und Personal der Rechtspopulisten attackieren, weil sie gestrig, intolerant, rechtsaußen und gefährlich sind!“

Die Polizei in Frankfurt ermittelt nun im Vorfeld der „viel versprechenden“ Koalitionsverhandlungen gegen zwei Mitglieder der SPD-Nachwuchsorganisation JUSOS wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Sie haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember auf dem Campus der Universität Frankfurt im Stadtteil Bockenheim [das Büro des Rings Christlich-Demokratischer Studenten \(RCDS\) verwüstet](#).

Demnach haben sie die – falsche – Tür eingetreten und in dem Büro randaliert, wie die Polizei am Mittwoch berichtete. Die ambitionierten Sozialdemokraten warfen dabei Regale um und verstreuten interne Unterlagen im Raum. Der Jungsozialist Nis

Thiemeier ist zudem der studentische Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten Ulli Nissen (58).

Nis und Nissen: Weder verwandt noch verschlägert

Auch Nis' Chefin Nissen war bereits zwischen 1988 und 1995 kampfprobt Sprechlerin der JUSOS Frankfurt am Main. 1992 organisierte sie mit dem „Frankfurter Aufruf – Deutschland driftet nach Rechts“ eine deutschlandweite Kampagne gegen „rechts“. Trotz seines Namens und seines Aussehens ist der schlagfertige Nis weder mit Nissen, noch mit dem stolzen [AntiFa-Papa Stegner](#) verwandt oder verschlägert. Die steuerparasitäre AntiFa-Oma Nissen machte ihrem Namen immer wieder alle Ehre.

Advent-Advent – „Zufall“, dass es das RCDS-Türchen traf ...

Im Zeichen der großen Verbrüderung zwischen den deutschen linkspopulistischen Parteien CDU, SPD, Grüne und Linke hackt eine Krähe der anderen aber wohl kein Auge aus. Zynisch süffisant spielt der RCDS die vorweihnachtliche Suff-Bescherung ihrer systemkonformen Kollegen herab: Angeblich habe der betrunkene Thiemeier nur die Stabilität der Tür testen wollen – und dabei sei es „reiner Zufall gewesen, dass er und sein Komplize ausgerechnet vor unserer Tür und nicht der der vielzähligen anderen Hochschulgruppen standen“. RCDS-Landeschef Hegmann mahnt aber auch zum politischen Frieden: „Wer Türen des politischen Mitbewerbers eintritt, Büros verwüstet und sich illegal Zugang zu fremden, internen Unterlagen verschafft, muss die vollen Konsequenzen tragen und hat nichts in der Politik verloren. Ob betrunken oder nicht, hier wurden nicht nur Grenzen, sondern ganze Türen mit roher Gewalt gesprengt. DAS hat nichts mit Politik zu tun!“ Denn mit dem „illegalen Zugang über Grenzen hinweg“ kennen sich die Merkel-Jünger seit September 2015 hinreichend aus.

Die Jusos distanzieren sich scheinheilig von den Randalierern und baten um Entschuldigung: „Intern werden wir uns mit den

betroffenen Personen zusammensetzen und Konsequenzen für das Verhalten festlegen.“ Die beiden Personen würden den Vorfall zutiefst bedauern und haben sich bei einem Treffen mit dem RCDS persönlich dafür entschuldigt.“ Sie hätten in eigener Verantwortung gehandelt „und auf keinen Fall im Sinne unserer Hochschulgruppe“. Die Jusos verurteilen nach eigenen Worten „jede Form von Gewalt“.

Linksradikale im Zeichen des Friedens!

„Gewalt ist nicht links“. In seinem bemerkenswerten Beitrag zu den brutalen G20-Exzessen, der zweitgrößten Zerstörung Hamburgs seit 74 Jahren, [betonte auch SPD-Chefideologe Ralf Stegner](#), dass die steinzeit-sozialistischen Erben Lenins, Stalins, Maos, Baader-Meinhofs und Pol Pots grundsätzlich [dem Frieden huldigen](#), wenn auch mit etwas drastischeren Mitteln:

Links-Sein bedeutet, für Emanzipation, Freiheit, Gerechtigkeit – gegen Gewalt, Krieg, Hunger, Armut und Unterdrückung zu streiten... So habe ich immer wieder dazu aufgefordert, Personal und Programm von Rechtspopulisten inhaltlich zu attackieren. Dass ich Gewalt als politisches Mittel grundsätzlich ablehne, habe ich so oft betont, dass die Absicht der Gegner, das Gegenteil zu behaupten, offenkundig ist ... Und dennoch sage ich, dass Kriminelle wie bei den Hamburger Gewaltexzessen keine Linken sind, obwohl sie doch dem „schwarzen Block“, Autonomen und anderen Gruppen zugeordnet werden, die von manchen als „linksextrem“ bezeichnet werden.

Im Hinblick auf die fraktionsinternen Kampfparolen von Stegner und [Nahles](#) sowie ihres polit-benebelten Zustands finden die friedliebenden Sozial-Demokraten bestimmt einen linksstaatlichen Frankfurter Richter, der Milde walten lässt und im Einvernehmen mit den Geschädigten das Verfahren einstellt. Denn im vermeintlichen „Kampf gegen Rechts und das Recht“ sind alle Aktionen gegen politisch Andersdenkende heutzutage verkehrsbliche Kavaliersdelikte, sofern sie von

linken „Linken“ begangen werden.

Der Namensgeber der Frankfurter Universität, Johann Wolfgang Goethe, sah in fast prophetischer Vorsehung den Kontrollverlust Deutschlands durch die schädigenden Systempolitiker voraus:

„Ich hasse alle Pfuscherei wie die Sünde, besonders aber die Pfuscherei in Staatsangelegenheiten, woraus für Tausende und Millionen nichts als Unheil hervorgeht“.

([Johann Wolfgang von Goethe](#), 1832 – Gespräche mit Johann Peter Eckermann)



Hamburg: Öffentlichkeitsfahndung nach den G20-Gewalttätern

Von L.S.GABRIEL | Brandschattzend, plündernd und gewalttätig gegen die Polizei zog ein linker Terrormob anlässlich des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli durch Hamburgs Straßen (PI-NEWS berichtete ausführlich mit Videos zum Beispiel [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Nach fünfmonatiger Ermittlungsarbeit hat die bis zu 180 Mann starke Polizei-[Sonderkommission „Schwarzer Block“](#) Unmengen Bild und Videomaterial behördlicher und privater Aufnahmen gesichtet und ausgewertet.

Nun wurden 104 noch nicht identifizierte Verdächtige in einer [Öffentlichkeitsfahndung](#) [ausgeschrieben](#). In den meisten Fällen werden die Personen wegen gefährlicher Körperverletzung, schwerem Landfriedensbruch oder Brandstiftung gesucht. „Wir haben noch nie so ein Ausmaß an Hass und Gewalt erlebt“, erklärte ein Polizist nach den Hamburger Krawalltagen, in denen die Beamten beschimpft, bedroht, bespuckt und mit Flaschen, Steinen, Brandsätzen und allem was sich anbot beworfen worden waren.

Die linke Lügenjournalle nannte die Ausschreitungen lange noch verharmlosend „Proteste“, als es schon in den Straßen brannte, Geschäfte entglast und geplündert worden waren und es bereits nach dem ersten Tag mehr als 200 verletzte Polizisten gegeben hatte. Noch am 15. Juli war es dem [Spiegel](#) ein Bedürfnis das Ausmaß der Gewalttaten gegen die Polizei schön zu schreiben und jubilierte, dass die zwischenzeitig kolportierte Zahl von 476 verletzten Beamten sich nicht nur auf den 7. und 8. Juli, sondern auf den gesamten Einsatzzeitraum im Zuge des Gipfels vom 22. Juni bis 10. Juli bezöge, es am Gipfelwochenende selber doch „nur“ 231 verletzte Polizisten gewesen wären und monierte, dass dabei Kreislaufprobleme und Dehydratationen mitgerechnet worden waren. Letzteres war der Hitze geschuldet, trotz der die Beamten zur notwendigen Eigensicherung in schwerer Schutzmontur agieren mussten.

Die Fahndung

Laut Angaben der Polizei sollen vom 6. bis zum 8. Juli rund 5.000 bis 6.000 Täter aktiv an den Gewalttaten beteiligt gewesen sein. Bismang habe man 3.340 Ermittlungsvorgänge eingeleitet.

Die Ermittler haben die Taten in die fünf Rubriken geordnet, wo Foto- und Videomaterial einsehbar sind:

- [„Elbchaussee“](#)
- [„Rondenbarg„](#)

- [„Stein- und Flaschenbewurf“](#)
- [„Plünderungen“](#)
- [„G 20 Not Welcome!“](#)

Für Hinweise hat die Polizei [ein Portal eingerichtet](#), wo man diese auch anonym abgeben kann. Außerdem wurde unter der Nummer 040 4286 76543 eine Hotline geschaltet.

Erster Plünderer lacht sich ins Fäustchen

Am 13.11. stand der erste Plünderer vor Gericht. Der 19-Jährige soll am 7. Juli gegen 22 Uhr, in einer Gruppe gleichgesinnter Krawalljunkies, verummumt gewaltsam in einen Supermarkt am Hamburger Schulterblatt eingedrungen sein, indem er mit einer Gehwegplatte eine Scheibe eingeschlagen habe. Danach habe er sich an den Plünderungen und schweren Sachbeschädigungen beteiligt. Der Schaden betrug rund 1,7 Millionen Euro. Bei seiner Vernehmung erklärte Sven B. unumwunden, er habe „Lust auf Krawall“ gehabt. Sein Anwalt Gül Pinar brachte vor, dass sein Mandant „Hilfe“ gebraucht habe, da er obdachlos gewesen sei. Deshalb hat er wohl auch dringend Alkohol stehlen müssen.

[Das Kuschelurteil](#): Zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung! Der Plünderer ging also lachend und frei aus dem Gerichtssaal. Der Richter hatte das damit begründet, dass sich das jugendliche Gewaltpotential zum Tatzeitpunkt in einer „akuten Lebenskrise“ befunden habe.

Sollten die nun noch Gesuchten und auch die bereits Angezeigten auch vor so einem Richter landen, und die Chance im Linksstaat ist groß, wird der Ermittlungsaufwand einmal mehr ad absurdum geführt werden und die Täter werden schon bei der Einvernahme über die Polizei leicht lachen haben.

Linke Gewalttäter bedrohen Polizeibeamte

Erst vor wenigen Tagen, als die Öffentlichkeitsfahndung ruchbar wurde, stellte das linke, kriminelle Gesindel,

gewissermaßen zum Ausgleich, 54 Fotos Berliner Polizisten auf die linke Terrorplattform linksunten.indymedia. Im Begleittext dazu heißt es u.a.:

[...] anlässlich der Hetzjagd auf Teilnehmer_innen des Hamburger Aufruhrs gegen den G20 erneuern wir unser Bekenntnis zum Kampf gegen den Staat, gegen die faschistischen Organisationen wie die Polizei [...]. Anlässlich der Hetzkampagne und den für morgen angekündigten Aufrufen zur Denunziation von 100 Menschen haben wir uns entschieden, Bildaufnahmen von 54 Polizeibeamt_innen zu veröffentlichen [...]. Wir freuen uns über Hinweise, wo sie wohnen oder privat anzutreffen sind.

Die Beamten, auf die nun die Jagd eröffnet werden soll, sollen an Räumungen besetzter Häuser in Berlin-Friedrichshain beteiligt gewesen sein. Es sind Lychmethoden, wie wir sie auch von Aktionen gegen Mitglieder der AfD oder Identitären Bewegung kennen.

Das sind keine Kinder in „akuten Lebenskrisen“, es sind linke Terroristen, die auch mehr als nur „Lust auf Krawall“ haben. Diese Subjekte sind schon einen Schritt weiter und es ist zu befürchten, dass es bald die ersten Toten geben wird. Aber auch für diese Täter wird sich vermutlich ein linker Richter mit viel Verständnis für die „Buben“ und „Mädchen“ finden – die wollen ja nur Krieg spielen.



Stuttgart: Linksextremisten schlagen AfD-Plakatierer zusammen

Dienstagabend wurde eine Vierer-Gruppe von Plakatierern der AfD-Stuttgart von Linksextremisten angegriffen. Als diese im Stadtteil Heslach am Erwin-Schöttle-Platz gerade eine weitere Plakatierestelle ausfindig machen wollten, wurden die Männer von mehreren Vermummten unvermittelt attackiert. Dabei erlitten zwei der Wahlkämpfer Hand- und Gesichtsverletzungen, die anschließend im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Während des feigen Angriffs der aus mehreren Richtungen erfolgte und aus insgesamt zwölf Linksextremisten bestand, schrien diese: „Wir bringen euch um!“.

Die Angegriffenen verteidigten sich nach Kräften und alarmierten im Tumult die Polizei. Bei der anschließenden Verfolgung der Täter durch die AfDler kam es zu Festnahmen durch die herbei eilende Polizei.

Mindestens einer der Täter Linksjugend-Mitglied

Dass es sich bei den Angreifern keinesfalls nur um aufgehetzte Schüler handelte, zeigte sich nach Feststellung der Personalien. Einer der feigen Schläger ist Mitglied bei Linksjugend Solid und Autor bei diversen linken Medien.



Fabian-Alexander Cornelius Rennig schrieb in der Vergangenheit unter anderem bei „[amerika21](#)“, „[weißenburg-aktuell](#)“ und der linksextremen „[Junge Welt](#)“, bei der er unter dem Namen Alexander Cornelius veröffentlicht. Ebenfalls mit Schirmmütze und besser zu erkennen, posiert er zu einem Artikel über ihn im „[Schwarzwälder Bote](#)“.

Hier ein weiteres Bild, das kurz nach dem Ergreifen eines Teils der Täter um ca. 22 Uhr gemacht wurde.



Es ist zu hoffen, dass mit dem Einzug der AfD in den Bundestag

der „Kampf gegen Links“ an Fahrt aufnimmt. In der AfD muss davon ohnehin niemand mehr überzeugt werden. Die linksextreme Szene muss ausgetrocknet werden. Unweit des Tatorts, in der Böblinger Straße 105, unterhält die Antifa in Form des „Linken Zentrums Lilo Herrmann“ einen Stützpunkt. Wie schon in einigen Bundesstaaten der USA muss die Antifa als das eingestuft werden was sie ist – eine terroristische Vereinigung!



Mordversuch an Polizisten in Berlin

An der Respektlosigkeit gegenüber der Polizei ist die Polizei selbst schuld. Dass sie beschimpft und bespuckt werden, haben sie sich selbst zuzuschreiben. Alles sind Straftatbestände. Aber wenn sie nicht (auf Antrag) verfolgt werden, lernen die Straftäter daraus, dass es doch keine Straftatbestände sind. Solche Nachlässigkeit führte dazu, dass gerade Linksfaschisten in jüngster Vergangenheit ermuntert wurden, nicht nur auf Demos die Polizei anzugreifen. Da ist die Polizei vorbereitet. Nein, sie versuchen jetzt strategisch und taktisch Situationen zu schaffen, in denen sie die Polizei bei minimalem eigenen Risiko maximal verletzen können. Plötzliche überraschende Angriffe auf Polizeiwachen, früher undenkbar, gehören dazu wie auch das Locken in einen Hinterhalt. Ein solcher Angriff mit dem Ziel, Polizisten zu töten, spielte sich letzte Woche in Berlin ab. [Die Morgenpost schreibt:](#)

Wegen eines Feuers in Friedrichshain haben Unbekannte in der vergangenen Nacht die Polizei zur Rigaer Straße Ecke Liebigstraße gerufen. Die Beamten fanden einen brennenden Stuhl vor und löschten diesen. Plötzlich wurden sie aus einem Hinterhalt angegriffen. Aus einer Toreinfahrt eines Hauses heraus wurden von ungefähr 15 maskierten Personen mit Steinen beworfen. „Die Kleinpflastersteine wurden auch gezielt in Kopfhöhe geworfen und waren durch die Dunkelheit nicht oder sehr spät zu sehen“, teilte die Polizei mit.

Zwei Polizisten wurden durch die Steine getroffen und leicht verletzt. Nur die Schutzausrüstung habe weitere Verletzungen verhindert. Angeforderte Unterstützungskräfte wurden ebenfalls mit Steinwürfen attackiert. Als die Beamten der Einsatzhundertschaft auf die Angreifer zuliefen, zogen sich diese in das Gebäude zurück, aus dessen Hauseingang zuvor der Angriff geführt wurde. Durch die Steinwürfe wurden auch zwei Polizeifahrzeuge und fünf Autos von Anwohnern beschädigt.

Kein Wort darüber in den Hauptnachrichten

Und hier endet die Berichterstattung. Als vor Jahren auf einer Hogesa-Demonstration in Köln ein Mannschaftsbus der Polizei umgekippt wurde, überschlugen sich die Nachrichten in den nächsten Wochen so sehr, dass man sich heute noch daran erinnert. Und hier? Die Polizisten wurden GEZIELT in KOPFHÖHE beworfen, um sie an einer empfindlichen Stelle zu treffen, um sie zu verletzen oder zu töten. Kein Wort darüber in den Hauptnachrichten, keine Diskussion darüber, warum die Polizisten NICHT zurückgeschossen haben, als ihr Leben bedroht wurde, [durchaus möglich](#), wie ein anderer aktueller Fall zeigt.

Nicht nur das. Kein Journalist fragt jetzt nach, warum nicht die Personalien der Angreifer festgestellt wurden. Gut, bekannt, man KANN sie nicht feststellen, weil die Linksfaschisten die Polizei nicht ins Haus lassen. Aber weiter wäre zu fragen, warum die Polizei den Eingang nicht erzwungen

hat. Warum wurde das Haus oder der Straßenzug nicht umstellt? Warum wurden die roten Nazis nicht ausgehungert, ihnen Wasser und Strom abgedreht, Reizgas ins Haus geleitet?

Wo sind die Demos von Polizisten gegen solche Zustände?

Justizminister Heiko Maas hätte vielleicht die Beamten in der Zeit mit Wasser versorgt. Kleiner Scherz, hätte er natürlich nicht, denn Maas hält es mehr mit Links-Faschisten als mit der Polizei. Und damit zeigt sich auch das Problem: Politik und Justiz lassen die Polizei im Stich, bei Bspuckungen, bei Beleidigungen und bei Mordversuchen. Aber: Die Polizei lässt sich das auch so gefallen und damit wären wir bei den provokanten Thesen vom Anfang dieses Artikels.

Wo sind die Demos von Polizisten gegen solche unhaltbaren Zustände? Warum gehen sie nicht auf die Straße, warum nicht wenigstens zum Arzt, wenn die Zustände sie krank machen? Es reicht nicht, wenn die Polizeigewerkschaft die eine oder andere Brandrede veröffentlicht, unsere Polizisten müssen sich wehren, für sich selbst, aber auch für uns, weil wir sie brauchen. Wehrt euch Polizisten, geht auf die Straße, erzwingt die mediale Aufmerksamkeit, die die Journalisten in ihren Blasen euch freiwillig nicht geben werden. Wehrt euch gegen das Unrecht, wir sind bei euch, vielleicht mehr als ihr denkt.

Update: Parallel zur Abfassung dieses Artikels veröffentlichte der [Tagesspiegel](#) einen Twitter-Eintrag des CDU-Generalsekretärs Evers: „Ich hoffe, der Innensenator erwacht endlich aus seinem politischen Koma und räuchert dieses Nest von Linksfaschisten [später eingesetzt: mit allen Mitteln des Rechtsstaats] aus!“



Großeinsatz der Berliner Polizei in der Rigaer 94



Wahlkämpfer der islamkritischen Bürgerbewegung pro Deutschland sorgen seit heute Mittag für einen Großeinsatz der Berliner Polizei vor dem von Linksextremisten besetzten Gebäude in der Rigaer Straße 94. Die gewalttätigen Hausbesetzer der berühmten Immobilie wollten nicht dulden, dass Pro Deutschland auch in der Rigaer Straße Wahlplakate anbrachte: Ein vierköpfiger Plakatiertrupp ist [nach Angaben der Bürgerbewegung](#) heute Mittag in der Rigaer Straße in Friedrichshain von Bewohnern des Hauses Nr. 94 mit Baseballschlägern angegriffen worden.

Dabei wurden mehrere Wahlhelfer der Bürgerbewegung leicht verletzt. Die Schläger nahmen die Leiter des Plakatiertrupps an sich und verschafften sie in das Haus Rigaer Straße 94. Die Polizei hat dieses Haus umstellt und zieht derzeit Kräfte

zusammen, um in das Gebäude einzudringen und die Personalien der Gewalttäter festzustellen sowie die Leiter herauszuholen. Dabei ist auch ein Hubschrauber im Einsatz.

Das von militanten Linksextremisten besetzte Gebäude in der Rigaer Straße 94 in Berlin-Friedrichshain sorgt seit Monaten für Negativschlagzeilen. Seit dort ernsthaft Räumung angestrebt wird, um u.a. Flüchtlinge einzuquartieren, überziehen die Linksextremisten Berlin mit regelrechtem Terror. Selbsterklärtes Ziel: Zehn Millionen Euro Sachschaden und Polizei und Stadt in die Knie zwingen.

Linksextreme Gewalt in Schleswig-Holstein



In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli gab es in Schleswig-Holstein [mehrere linksextreme Anschläge](#): In Steinbergkirche, einer Gemeinde im Kreis Schleswig-Flensburg, wurden Scheiben einer Polizeiwache eingeschlagen, es entstand Sachschaden in Höhe von mehreren tausend Euro. Im nahegelegenen Gelting wurden eine Kirchentür und eine Friedhofsmauer beschmiert, in Munkbrarup eine Schule (Foto). Außer den CDU-Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-

Flensburg hat niemand die Taten verurteilt. Die Täter brüsteten sich auf der linksextremen Internet-Seite *linksunten.indymedia.org* mit ihren Anschlägen: „Unsere Wut hat Ausdruck gefunden, in den Morgenstunden des 22.07.13 haben wir eine Kirche in Gelting sowie eine Schule in Munkbrarup mit Graffitis verschönert. Außerdem haben wir die Polizeistation in Steinbergkirche angegriffen und entglast.“ (ph)

» Für Hinweise: 0461-4840 (Bezirkskriminalinspektion Flensburg)